



Zuwanderung begrenzen

Die Schweiz hat schon immer grosszügig, aber kontrolliert ausländische Arbeitskräfte aufgenommen und ihnen eine berufliche Perspektive geboten. Das Schweizer Stimmvolk hat in verschiedenen Abstimmungen gezeigt, dass es eine kontrollierte Zuwanderung mit klaren Regeln, die für alle gelten, möchte. Wer in die Schweiz kommt, hat sich an die hiesige Rechtsordnung zu halten, sich zu integrieren und selbst für seinen Lebensunterhalt aufzukommen. Nur wer dies erfüllt, soll auch die Möglichkeit erhalten, sich nach einer gewissen Zeit einzubürgern.

Attraktive Schweiz

Die Einwanderung in unser Land ist für Ausländer aus wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gründen attraktiv. Unser politisches System, unsere Stabilität, unsere Sicherheit, die liberale Wirtschaftsordnung und nicht zuletzt die schöne Landschaft haben dazu geführt, dass kaum ein Land bei internationalen Vergleichen bezüglich Lebensqualität besser abschliesst als die Schweiz. Kurz: Es lohnt sich für Ausländer, in die Schweiz einzuwandern. Aber es rächt sich für die Schweizer, wenn sie diese Einwanderung nicht kontrollieren und begrenzen.

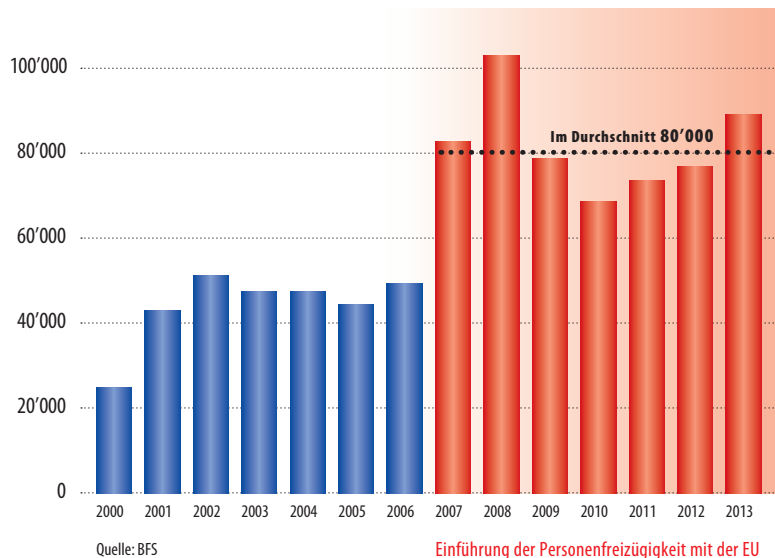
Massive Bevölkerungszunahme wegen der Zuwanderung

Seit dem Jahr 2007 sind jährlich rund 80'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. 2013 waren es netto über 85'000 Einwanderer (gut 155'000 Einwanderungen bei rund 70'000 Auswanderungen). Dies entspricht Jahr für Jahr einer Zunahme der Bevölkerung in der Grössenordnung von mehr als der Stadt Luzern, in zwei Jahren gar die Einwohnerzahl der Stadt Genf oder Basel. Jährlich erfordert dies eine Siedlungsfläche in der Grösse von 4'560 Fussballfeldern. Ende 2014 lebten rund 8,2 Millionen Menschen in der Schweiz – davon 2 Millionen Ausländer. In rund 20 Jahren wird ohne Steuerung der Einwanderung die 10-Millionen-Grenze erreicht sein.

Masslose Zuwanderung hat Folgen für alle

Die Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung sind täglich und für alle spür- und erlebbar: steigende Arbeitslosigkeit (unter den Ausländern betrug die Erwerbslosenquote Anfang 2014 9,2 Prozent), überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigende Mieten und Bodenpreise, Verlust von wert-

Jährlich wandern über 80'000 Personen netto in die Schweiz ein



vollem Kulturland durch Verbauung der Landschaft, Lohndruck, Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt, Kulturwandel in den Führungsetagen und belastend hohe Ausländeranteile in der Fürsorge und in anderen Sozialwerken. Die heutige Masslosigkeit bei der Zuwanderung gefährdet unsere Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung, unser Landschaftsbild und letztlich unseren Wohlstand.

Stetig steigender Ausländeranteil

Mit der massiven Zuwanderung der letzten Jahre hat auch der Ausländeranteil in der Bevölkerung von Jahr zu Jahr zugenommen. Waren 1950 noch 6 Prozent der Bevölkerung Ausländer und 1980 14,4 Prozent, waren es Ende 2013 bereits 23,8 Prozent. Und dies, obwohl seit 1960 über eine Million Ausländer eingebürgert wurde. Auch im internationalen Vergleich nimmt der Ausländeranteil in der Schweiz einen Spitzenrang ein. Kein europäischer Staat mit mehr als 1 Million Einwohnern hat einen höheren Ausländeranteil als die Schweiz.

Seit Jahren hohe Einbürgerungszahlen

Die hohen Ausländeranteile versuchen die Linken damit zu erklären, dass die Schweiz sehr restriktiv einbürgere. Dies widerspricht jedoch den Einbürgerungsstatistiken. Seit 2002 hat die Schweiz jedes Jahr zwischen 35'000 und 45'000 Ausländer eingebürgert. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist dies im internationalen Vergleich sehr hoch. Auf 1000 Einwohner wurden 2011 4,6 Ausländer eingebürgert. Europaweit lag damit nur das kleine Luxemburg höher, das in den letzten Jahren aufgrund der 2008 geänderten Einbürgerungskriterien übermässig viele Staatsbürgerschaften erteilt hat.

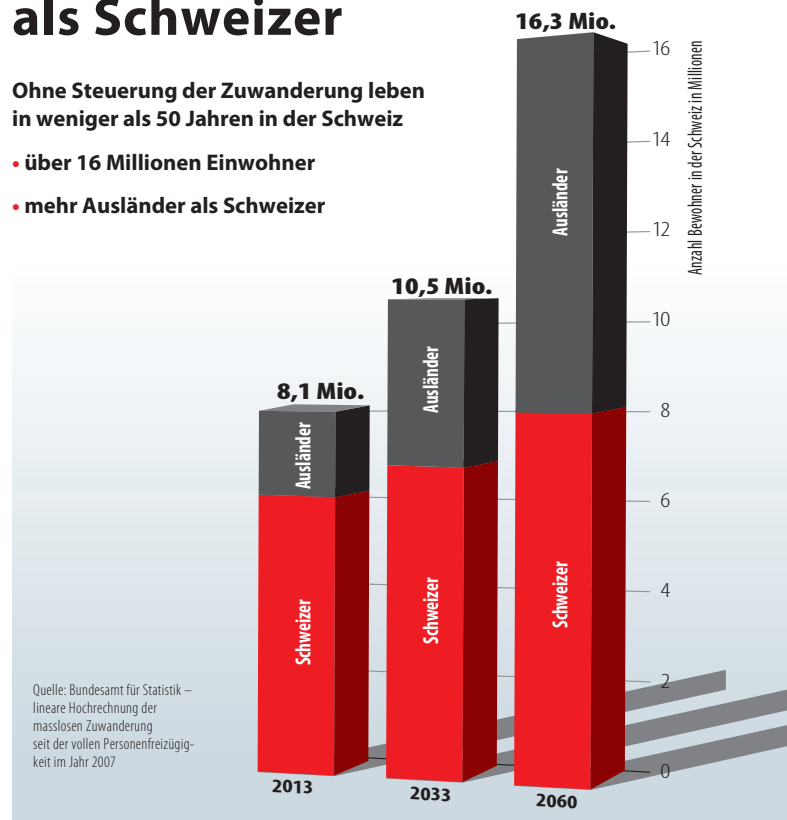
Probleme «eingebürgert»

Die Masseneinbürgerungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass viele Personen den Schweizer Pass erhalten haben, die gar nicht integriert sind. Nicht wenige Neuschweizer verstehen keine Landessprache, anerkennen die hiesigen Sitten nicht oder werden bereits kurz nach der Einbürgerung straffällig. Statistisch werden diese Personen dann aber als Schweizer erfasst. Damit hat man viele Ausländerprobleme einfach «eingebürgert». Die Einbürgerung sollte der letzte Schritt der Integration sein und darf nur bei korrektem Verhalten, eigener Existenzgrundlage und guter Kenntnis mindestens einer Landessprache erteilt werden.

Bald mehr Ausländer als Schweizer

Ohne Steuerung der Zuwanderung leben in weniger als 50 Jahren in der Schweiz

- über 16 Millionen Einwohner
- mehr Ausländer als Schweizer



Staatliche Integrationsförderung als neues Wundermittel

Integration ist Aufgabe der Zuwanderer. Wer in ein Land einwandern will, muss sich auch dort integrieren wollen. Heute verfolgt die Politik jedoch immer mehr den gegenteiligen Ansatz: Die Behörden sollen dafür sorgen, dass sich die Ausländer integrieren. Mit teuren staatlichen Massnahmen und Angeboten – finanziert mit Steuergeldern – soll der Anreiz zur Integration erkaufte werden. Wir haben die absurde Situation einer immer lauter dröhnenden Integrationsindustrie. Ohne sich zu überlegen, dass Integration nur gelingen kann, wenn sie vom Zuwanderer selber ausgeht und von ihm gewollt wird, haben sich Sozialarbeiter, Therapeuten und Leiter von sinnlosen Gratis-Kursen der Integrationsförderung angenommen und leben gut davon.

Das Volk hat genug

Die Missstände im Zusammenhang mit der Zuwanderung bewegen auch die Stimmbürger. Dies hat dazu geführt, dass das Schweizer Stimmvolk am 9. Februar 2014 die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» angenommen hat. Deren konsequente Umsetzung wird die Hauptforderung der SVP in der Zuwanderungspolitik der nächsten Jahre sein. Mit der neuen Verfassungsbestimmung soll die Zuwanderung wieder eigenständig mittels Kontingenten und Inländervorrang von der Schweiz kontrolliert werden. Die Initiative erlaubt eine massvolle Steuerung, die verkraftbar für die Wirtschaft und im Einklang mit der Souveränität der Kantone ist. Bundesrat und Parlament müssen diese innenpolitischen Massnahmen zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung nun unverzüglich angehen.

Sozialleistungen und Familiennachzug beschränken

Klare Einschränkungen beim Familiennachzug und bei den Sozialleistungen sollen dafür sorgen, dass schon von Anfang an weniger Ausländer in die Schweiz einwandern, die nicht für sich selber aufkommen und nur



**Masslosigkeit
schadet!**

**Masseneinwanderung
stoppen JA**



Es gilt, den Verfassungsauftrag vom 9.2.2014 der Masseneinwanderungsinitiative endlich umzusetzen.

vom Staat leben wollen. Dazu soll zum Beispiel der Grundsatz gelten, dass nur der Arbeitslosenentschädigung erhält, der mindestens zwei Jahre Beiträge in die Arbeitslosenversicherung entrichtet hat. Auch für den Erhalt von Fürsorgeleistungen sollen solche Fristen schweizweit vorgegeben werden. Beim Familiennachzug muss dafür gesorgt werden, dass nur jene Personen ihre Familien nachziehen dürfen, die auch für diese aufkommen können und über eine entsprechend grosse, selbst finanzierte Wohnung verfügen. Mit einer solchen Senkung der Ansprüche an den Staat kann die Zuwanderung stark eingeschränkt werden, ohne dass der Wirtschaft wichtige Fachkräfte entzogen werden.

Personenfreizügigkeit ist beendet

Sobald der innenpolitische Umsetzungsprozess abgeschlossen ist, hat der Bundesrat mit der EU über eine Anpassung des Freizügigkeitsabkommens zu verhandeln. Sollte die EU nicht auf eine neue Regelung bei der Personenfreizügigkeit für das Nicht-EU-Land Schweiz eingehen, so ist das Freizügigkeitsabkommen zu kündigen. Die SVP hat für diesen Fall eine entsprechende Volksinitiative vorbereitet. Diese wird sie lancieren, wenn sich der Bundesrat und das Parlament weigern sollten, die neue Verfassungsbestimmung wirksam umzusetzen.

Konsequente Politik auch bei illegal Anwesenden

Auch bei der illegalen Einwanderung und dem illegalen Aufenthalt muss die Schweiz endlich durchgreifen. Personen, die keine Aufenthaltsberechtigung haben und somit illegal anwesend sind – so genannte «Sans Papiers» – haben die Schweiz unverzüglich zu verlassen. Hierzu müssen die Ausländergesetze, die dies eigentlich klar regeln würden, strikt und konsequent angewendet werden. Neu eingeführte Regelungen, wonach illegal Anwesende Schulen besuchen und Lehren absolvieren dürfen, widersprechen jedem Gesetzesverständnis und benachteiligen jene Ausländer, die sich um einen regulären Aufenthalt in der Schweiz bemühen. Personen,

die ohne gültige Aufenthaltspapiere aufgegriffen werden, müssen ausgewiesen werden. Um die illegale Einreise zu verunmöglichen, sind die Grenzkontrollen wieder einzuführen.

Integration ist Aufgabe der Zuwanderer

Die Integration ist von den Zuwanderern einzufordern. Wer sich nicht integrieren will, tut dies auch dann nicht, wenn er einen Gratis-Kurs besuchen kann. Integration kann nur funktionieren, wenn der Zuwanderer sie will. Dies kann von jedem erwartet werden, der in ein fremdes Land einwandert. Auch Schweizer, die ins Ausland auswandern, müssen sich dort von sich aus integrieren, die Sprache und Gepflogenheiten lernen, sich an die Gesetze halten und für ihren Lebensunterhalt selber aufkommen. In diesem Sinne ist klar: Integration ist hauptsächlich die Aufgabe jedes Zuwanderers und muss von diesem gefordert werden. Wer sich weigert, eine Schweizer Landessprache zu lernen, wer die Schweizer Gesetze missachtet oder nicht selber für seinen Lebensunterhalt aufkommt, hat die Schweiz zu verlassen.

Einbürgerung als letzter Schritt der Integration

Nur wer sich erfolgreich integriert hat und eine Landessprache beherrscht, soll auch die Möglichkeit erhalten, sich einzubürgern. Die SVP verlangt, dass die Einbürgerung wiederum ein politischer Akt ohne Rekursmöglichkeit wird. So widersetzt sich die SVP auch jeder weiteren Erleichterung der Einbürgerung, insbesondere derjenigen von Ehegatten. Personen mit krimineller Vergangenheit oder Abhängigkeit vom Staat sollen nicht eingebürgert werden können. Damit Eingebürgerte nicht kurz nach Erhalt der Staatsbürgerschaft kriminell werden, ist eine Einbürgerung auf Probe einzuführen. Erst wer über mehrere Jahre bewiesen hat, dass er sich an unsere Rechtsordnung hält, soll den Schweizer Pass endgültig erhalten.

STANDPUNKTE

Die SVP

- verlangt die sofortige und konsequente Umsetzung der Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» hinsichtlich Kontingenten und Inländervorrang mit dem Ziel einer markanten Senkung der Zuwanderung;
- fordert die Beschränkung des Familiennachzuges und der Sozialleistungen für Zuwanderer;
- lanciert eine Volksinitiative zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU für den Fall, dass die Umsetzung der Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» von Bundesrat und Parlament hintertrieben wird;
- fordert, dass sich alle an die hiesigen Regeln, Sitten und Gepflogenheiten halten;
- bekämpft die Aufblähung von teuren staatlichen Integrationsmassnahmen;
- widersetzt sich jeder weiteren Erleichterung der Einbürgerung;
- bekämpft die Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfebezügern;
- fordert die Einbürgerung auf Probe, damit Personen, die kurz nach dem Erhalt des Schweizer Passes kriminell werden, das Bürgerrecht wieder entzogen werden kann;
- widersetzt sich jeglicher Form von Stimm- und Wahlrecht für Ausländer;

STANDPUNKTE

Die SVP

- verlangt eine strikte und konsequente Anwendung der Ausländergesetze gegenüber illegalen Aufenthaltern und «Sans Papiers»;
- fordert die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, um die Einreise von illegalen Einwanderern zu verhindern.

VORTEILE +

Das bringt mir

- ✓ als Bürger eine lebenswerte und intakte Schweiz;
- ✓ als Angestelltem weniger Lohndruck und weniger Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt;
- ✓ als Arbeitslosem mehr Chancen gegenüber ausländischen Billigarbeitskräften;
- ✓ als Pendler weniger verstopfte Strassen und Züge;
- ✓ als Mieter mehr bezahlbare Wohnungen;
- ✓ als Bürger mehr Sicherheit und die Gewissheit, dass Missbräuche nicht geduldet werden.